

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinpaltige Zeile 12 Pf. In amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Amts-Unterhaltungsbl.“ u. der Humor-Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

50. Jahrgang.

N 110.

Donnerstag, den 17. September

1903.

Am 15. Juli d. J. vormittags ist der Handarbeiter **Ernst Gustav Gerber** aus **Sundshöbel** in Abteilung 6 des Hartmannsdorfer Staatsforstreviers erschossen aufgefunden worden.

Mit Ermächtigung des königlichen Justizministeriums wird hiermit für die Ermittlung desjenigen, der den Tod Gerber's verursacht hat, eine Belohnung von

**200 Mark**

ausgesetzt.

Falls der Anspruch auf die Belohnung von mehreren Personen erhoben werden sollte, wird die Abmessung der einzelnen Anteile vorbehalten.

Zwickau, am 11. September 1903.

St A IV 216/03.

**Königliche Staatsanwaltschaft.**

### Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Delikatessen- und Kolonialwarenhändlers **Friedrich Robert Max Steinbach** in **Eibenstock**, Inhabers der Firma **Max Steinbach** daselbst, wird heute am 14. September 1903, nachmittags 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Justizrat **Landrock** in Eibenstock wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **20. Oktober 1903** bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlussfassung über die Vertheilung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf

den **8. Oktober 1903, vormittags 10 Uhr**

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den **26. November 1903, vormittags 10 Uhr**

— vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaunt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verschleusen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum **20. Oktober 1903** Anzeige zu machen.

**Königliches Amtsgericht zu Eibenstock.**

### Ueber die sozialdemokratische Parteitagkomödie

Schreibt das „Dresdner Journal“ u. a. folgendes: „Fast alljährlich kann man kurz vor dem Zusammentritt dieser Delegierten-Versammlungen von einer Krise in der Sozialdemokratie sprechen hören, und fast jedesmal wird die Frage aufgeworfen, ob es dem Parteitage diesmal gelingen werde, der außergewöhnlich großen Schwierigkeiten Herr zu werden und die bedrohliche Krise zu beseitigen. Wir sind davon überzeugt, daß die sozialdemokratischen Führer sich über diese Beforgnisse köstlich amüsieren. Denn sie wissen am besten, wie wenig reale Grundlagen dafür vorhanden sind. Andererseits wird der Nimbus der Sozialdemokratie durch nichts so sehr erhöht, wie durch Schilderungen von unheilbaren Meinungsverschiedenheiten in der Partei, die dann durch deren „berufenen Vertreterschaft“ im „ernsthaften Streik“ aber im Handumdrehen beseitigt werden. Man braucht bloß in den Protokollen früherer sozialdemokratischer Parteitage zu blättern, um daraus zu erlernen, daß die Streitigkeiten in der Sozialdemokratie, so heftig sie auch geführt werden, eine ernste Bedeutung nicht haben, sondern — wie man fast vermuten könnte — nur zu dem Zweck kurz vor dem Zusammentritt der Delegierten erhoben werden, um der „obersten Instanz der Partei“ Stoff zu feffelnden Debatten und Gelegenheiten zu geben, die Unerschütterlichkeit der Sozialdemokratie vor aller Welt zu erweitern. Auf dem Hamburger Parteitage 1897 erklärte der Vorsitzende Singer in seinem Schlußwort: „Unsere Gegner haben gemeint, daß bei der Erörterung der Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen die Partei auseinanderklüffeln würde. Nun ich denke, wer unsern Verhandlungen beigewohnt hat und diese vorurteilslos betrachtet, wird die Ueberzeugung gewonnen haben, daß Meinungsverschiedenheiten allerdings vorhanden waren, daß sie aber in sachlicher Weise zum Ausdruck kamen und zu einem Ausgang führten, bei dem es weder Sieg und Besieg gibt.“ (Lebhafter Beifall). Im Jahre 1896 hieß es in dem Singerschen Schlußwort: „Das, was unsern Gegnern angeblich zum Gaudium gereicht, die Offenheit und Deutlichkeit, mit der wir uns auszusprechen pflegen, das ist gerade die Stärke unserer Partei, das glänzende Zeugnis für unsere Geschlossenheit und Einigkeit.“ (Bravo!) Auf dem 1898er Stuttgarter Parteitage bemerkte Singer: „Die Gegner, die glaubten, daß die Sozialdemokratie von Stuttgart in zwei Lager getrennt zurückkehren würde, sie haben auf diesem Parteitage kennen gelernt, daß weit über alle Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen das Bewußtsein in jedem Parteigenossen lebendig ist, daß er arbeiten muß im Dienste der Gesamtpartei. (Lebhafter Beifall). Und wie die Hoffnungen auf eine Spaltung der Partei, so sind auch die Hoffnungen derer getäuscht worden, die da geglaubt haben, daß der Stuttgarter Parteitag der Anfang sein werde zu einer Zurückentwicklung der Sozialdemokratie zu einer bürgerlichen Partei.“

Auf dem bevorstehenden Parteitage wird Singer als Vorsitzender ohne Zweifel wiederum allen Anlaß haben, der Partei zum Schluß eine günstige Note zu erteilen, und dazu verhelfen ihm diejenigen Zeitungen, die, wie wir aus den vorstehend zitierten Sätzen sehen, Jahr für Jahr sich mit Hoffnungen tragen, welche die Sozialdemokratie nun einmal nicht erfüllen wird.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Wenn auch noch kein bestimmter Termin für die Einberufung des Reichstages festgesetzt ist, so scheint doch festzustehen, daß der Zusammentritt des deutschen Parlaments keinesfalls früher als in der zweiten Hälfte des November erfolgen wird; es ist auch im allgemeinen nicht üblich, einen neugewählten Reichstag zu einem früheren Termin einzuberufen. Groß dürfte das Arbeitspensum also nicht sein, das der Reichstag bis zum Beginn der Weihnachtsferien zu bewältigen in der Lage sein wird. In Regierungskreisen neigt man, wie verlautet, der Ansicht zu, daß die Zeit bis zu den Weihnachtsferien auf die Beratung kleinerer Vorlagen und die erste Lesung des Etats verwendet werden wird. Die Einbringung der Militärvorlage und den Beginn der Handelsvertragsdebatten er-

wartet man erst nach Neujahr. Das heißt also wohl: für den Fall, daß noch in diesem Jahre dem Reichstag vom Bundesrat ein Handelsvertrag vorgelegt wird — es sei nun der russische, italienische oder ein anderer —, ist es der Regierung erwünscht, daß die Volkvertreter die Mühe der Weihnachtsferien zum Studium dieses Vertragentwurfs benutzen, das in einem dem Entwurf günstigen Sinne zu beeinflussen die offizielle Presse schwerlich verfehlen wird. Wenn der Reichstag dann nach Neujahr wieder zusammentritt, wäre also die Diskussion durch die Präberörterungen genügend vorbereitet, so daß zum mindesten die Kommissions-Verhandlungen sich nicht allzu sehr in die Länge ziehen würden. Während im vorigen Jahre die Zolltariffkommission ihre Arbeiten bereits beendet hatte, ehe die Budgetkommission die ihrigen aufnahm, wird sich diesmal ein gleichzeitiges Gehen der letzteren mit der Handelsvertragskommission nicht ungehen lassen. Also auch nicht ein Ausweichen von Mitgliedern, da der Budgetkommission Abgeordnete anzugehören pflegen, die sonst in etats- wie auch in wirtschaftspolitischen Fragen als hervorragend gelten. Außer dem Etat wird sich die Budgetkommission vielleicht, wenn auch erst nach Ostern, noch mit dem Reichsfinanzreformentwurf zu beschäftigen haben, wobei weitwichtige Debatten unumgänglich sind.

— Auf dem in Plauen i. L. abgehaltenen Alldeutschen Verbandstage wurde bei Erstattung des Geschäftsberichts festgestellt, daß die Mitgliederzahl um einige Hundert zurückgegangen sei. An den Bericht knüpfte sich eine längere Aussprache über Maßnahmen zur Agitation auf den verschiedensten Gebieten. Es wurde u. a. beschlossen, einen Aufruf an die Mitglieder zu erlassen zur Gründung eines deutschen Wehrzuges, der aufgebracht werden soll durch Selbstbesteuerung (1/2 Prozent des Einkommens, 1 Prozent von Erbschaften, 1 Prozent bei Todesfall durch letztwillige Verfügung). Eine Anzahl von Mitgliedern verpflichtete sich sofort durch Unterschrift zur Unterstützung des Wehrzuges. Rechtsanwalt Glag (Mainz) hielt sodann einen Vortrag über das Thema: „Wandlungen in Deutschlands Stellung seit 1890“. Der Vortrag bildete eine scharfe Kritik der Politik des Grafen Bülow. Ueber die „Polenfrage in Schlesien“ sprach Regierungsrat Schöhl. Redner verlangte vor allem eine Ausdehnung des An siedelungs-Gebietes vom 26. April 1886 auch auf die Provinz Schlesien und eine entsprechende Verstärkung des An siedelungs-fonds. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der Lage des Deutschthums in Ungarn und dem Konzeptionswesen in den deutschen Schutzgebieten. Es wurde verlangt, daß das Reich die Schutzgebiete in eigene Regie nehme und keine neuen Konzeptionen mehr erteile.

— Frankreich. In Frankreich häufen sich die Vorschläge von Politikern und Fachmännern, die Eingeborenen der Kolonien in erheblicherem Maße zum Heeresdienst heranzuziehen, als dies bisher der Fall war. Die nächste Veranlassung hierzu bietet die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, um durch das Fremdenelement den hierdurch entstehenden Ausfall in der Kopfzahl der Friedenstruppe zu decken. Es wird vorgeschlagen, jetzt schon 10 000 Rekruten aus Tunis und Algerien einzustellen, und im „Tempo“ berechnet ein höherer Offizier die Zahl der aus den Kolonien zu gewinnenden Dienstfähigen im ganzen auf 30 000 per Jahr. Die amtlichen Schätzungen dieser Einstellungskquote gehen nicht so weit; immerhin unterliegt es keinem Zweifel, daß man in Frankreich durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit geradezu gezwungen ist, durch Einstellung von Eingeborenen der Kolonien das Soldatenmaterial zu beschaffen, welches das Mutterland nicht liefern kann aus Gründen fehlender Diensttauglichkeit. Im übrigen enthält die französische Armee jetzt schon 51 Bataillone und 22 Eskadrons Fremdenstruppen (einschl. der afrikanischen Truppenteile). Man hat bis jetzt diese Truppenteile „ungemischt“ aufgestellt. Bei stärkerem Heranziehen des Eingeborenen-Elements müßte man aber jedenfalls dazu übergehen, die Ausgeborenen auch zur Ausfüllung der Cadres von Regimentern des Mutterlandes zu verwenden. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß Frankreich von jeher einen großen Teil seiner militärischen Kraft aus nicht-französischen Elementen gezogen hat. Ganz abgesehen davon, daß Jahrbundertlang die Schweizer den zuverlässigsten Teil des französischen Fuß-

volkes bildeten, finden wir noch im Feldzuge 1757 neben 80 französischen Nationalregimentern zu Fuß nicht weniger als 37 Fremdenregimentern (14 deutsche, 11 Schweizer, 6 irische, 2 schottische, 2 wallonische, 2 italienische) und außerdem 9 fremdländische Reiterregimentern. Daß während der Napoleonischen Kriege die deutschen Hilfstruppen der Rheinbundstaaten einen wesentlichen Anteil an den Erfolgen der französischen Waffen hatten, ist zwar von französischer Seite planmäßig verschwiegen worden, aber die Tatsache ist historisch zu fest begründet, um aus der Welt geschafft werden zu können. Namentlich in Rußland und Spanien haben leider viele Tausende von Deutschen ihr Leben und Blut für französische Eroberungslust zahlen müssen. Ebenso darf nicht übersehen werden, daß speziell die Elässler mit die zuverlässigsten Soldaten des französischen Heeres und namentlich bei der Kavallerie sehr zahlreich vertreten waren.

— Bulgarien. Sofia, 15. September. Angeichts der makedonischen Massakres richtet die hiesige Regierung eine Note an die Großmächte, worin sie erklärt, daß, falls der Ausrottung des bulgarischen Elements nicht Einhalt geboten würde, Bulgarien sich gezwungen sehen werde, keinerlei geeignete Maßregeln zu treffen. Noch vor Erlass dieser Note ist eine Einberufung von 6 Jahrgängen der Reservisten bei der Sofiaer, Philippopler und Elwener Division, angeblich zu dreiwöchigen Übungen, angeordnet worden. Die einberufenen Reservisten dürften eine Verstärkung der betreffenden Divisionen um 20 000 Mann repräsentieren.

— Afrika. Cadix, 15. September. Die Besatzung eines aus Fernando Po kommenden Dampfers berichtet, die Eingeborenen hätten einen deutschen Kaufmann getötet und aufgefressen. Die spanische Besatzung von Bata habe die Eingeborenen geächtigt, 7 getötet und 25 von ihnen verwundet, ferner seien 5 Dörfer niedergebrannt worden. Die Spanier hätten bei dem Zusammenstoß mehrere Verwundete gehabt.

### Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 16. Septbr. Hier beschäftigte Sosaer Arbeiter fanden gestern früh gegen 1/8 Uhr ein Stüd unterhalb der Bohlenbrücke über den Gräber Graben hinter der Siegelischen Mühle die 21 Jahre alte ledige Hulda Marie Heymann im Graben ertrunken auf. Die Verstorbene hat sich am Montag Abend vom Elternhause entfernt und scheint beim Ueberstreiten der oben bezeichneten Brücke ausgeglitten und in den Graben gestürzt zu sein. Da die Ertrunkene übrigens zeitweilig an Krämpfen gelitten hat, so ist zu vermuten, daß sie in einem solchen Anfall in den Graben gefallen ist.

— Schönheide, 15. September. Von dem Mörder des am Mittwoch Abend auf dem Anstande erschossenen Gasthofbesizers Herrn Paul Wappler in Schnarrtanne fehlt noch jede Spur. Die Gendarmerie entwickelt eine ungemein rege Tätigkeit. Sie hat schon eine ganze Anzahl von der Wildbüherei verdächtigen Persönlichkeiten verhört. Diese waren aber sämtlich in der Lage, ihr Alibi nachzuweisen.

— Dresden, 15. September. In nicht geringer Aufregung wurden am gestrigen Vormittage die Beamten des hiesigen Königl. Amtsgerichts durch die verwegene Flucht eines am Tage zuvor wegen eines schweren Einbruches zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus verurteilten Verbrechers verjagt. Der 19 Jahre alte, aus Leipzig gebürtige, bereits mehrfach vorbestrafte Marktweiser Maximilian Albert Georg Reichardt sollte wegen eines kleineren Diebstahlsdelictes vom Königl. Schwurgericht abgeurteilt werden. Der Sträfling wurde gegen 10 Uhr vorm. in den Sitzungssaal des Amtsgerichts geführt. Kaum hatte er denselben betreten, als er sich mit einem mächtigen Satz auf die hohe Fensterbrüstung schwang, das Fenster aufriß und in die Tiefe sprang. Ehe die Beamten sich von ihrem Schrecken erholt hatten, war der Flüchtling auf und davon. Der Sprung vom Fenster auf die Straße war ihm geglückt, doch lange sollte er sich der goldenen Freiheit nicht erfreuen. Ein Gendarm hatte aus einiger Entfernung den gewagten Sprung beobachtet, er ahnte nichts gutes und setzte dem Flüchtling nach. Ein zahlreiches Publikum schloß sich an und nun begann eine wilde Jagd. Schließlich nach halbständiger Verfolgung verjagten dem Flüchtling die Kräfte und er wurde